

KMU als Vorbild für die Gemeinden

Die Angelegenheit der Unterschriftenbeglaubigung auf den Gemeindeverwaltungen gibt zu reden. Anzumerken ist, dass die überwiegende Mehrheit der Gemeinden ihre Arbeit korrekt erledigt. Man darf deshalb nicht alle in den Topf der Fehlbaren werfen. Das wäre ungerecht.

Die Kritik der Referendumskomitees dagegen wiegt schwer. Es gilt dabei zu bedenken, dass die Referendumsfrist von 100 Tagen relativ kurz ist. Sie darf nicht durch large Verwaltungsmechanismen faktisch auf 90 oder 80 Tage reduziert werden. In unserer direkten Demokratie muss sich ein Referendumskomitee darauf verlassen können, dass auf den Gemeinden korrekt und speditiv gearbeitet wird. Der Einsatz der Bundeskanzlei über ein Wochenende ist ein gutes Beispiel dafür. Alles andere leistet der Staatsverdrossenheit unnötigen Vorschub.

Eine Gemeindeverwaltung muss in solchen Fällen gleich funktionieren wie eine KMU. Dort sind die Mitarbeiter nämlich sehr wohl bereit, einen Auftrag mit zusätzlichem Einsatz fristgerecht zu bewerkstelligen, wenn es die Lage erfordert. Was bei den KMU als Selbstverständlichkeit erscheint, muss auch in öffentlichen Betrieben umsetzbar sein. Am guten Willen der Mitarbeiter liegt es vermutlich nicht einmal. Aber, organisiert will es sein!

Ich halte es in diesem Fall mit dem römischen Philosophen Cicero: „Der Staatsdienst muss zum Nutzen derer bestellt sein, die ihm anvertraut sind, nicht zum Nutzen derer, denen er anvertraut ist.“ Diese Einstellung hat auch nach 2'000 Jahren seine Gültigkeit.

Ruedi Lustenberger, Nationalrat (CVP), Romoos